

1. Mai | Was sich Mathias Reynard, Präsident des Walliser Gewerkschaftsbundes, von der Corona-Krise erhofft

«Die sozialen Ungleichheiten verringern und nicht vergrössern»

SITTEN | Reden und grosse Veranstaltungen gibt es am heutigen Tag der Arbeit keine. Forderungen aber schon, sagt der Walliser SP-Nationalrat und Walliser Gewerkschaftspräsident Mathias Reynard.

Mathias Reynard, was machen Sie heute am 1. Mai? Veranstaltungen finden ja keine statt.

«Es ist tatsächlich das erste Mal in der Geschichte, dass es uns nicht gelungen ist, den traditionellen Tag der Arbeit zu organisieren, der im Wallis normalerweise ein grosser Erfolg ist. Angesichts der Situation haben wir Online-Aktivitäten und -Angebote eingerichtet. Im Wallis haben wir Videos erstellt, welche die während dieser Krise am stärksten gefährdeten Arbeitnehmer in den Vordergrund stellen (Gesundheit, Verkauf, Kinderbetreuung, Raumpflege, Soziales, Landwirtschaft, öffentliche Dienste...). Der Slogan lautet, dass «Solidarität, mehr denn je!» notwendig ist. Wir fordern eine Aufwertung dieser wichtigen Berufe. Der 1. Mai ist für die Gewerkschaften immer ein wichtiger Tag. Es ist ein Feiertag mit Geselligkeit, aber auch ein Tag der Forderungen. Wir müssen weiter kämpfen für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen.»

Laut den bürgerlichen Parteien, FDP und SVP, könnten Sie am 1. Mai auf der Strasse demonstrieren.

«Die SVP-Führung ist vor allem dann einverstanden, wenn sie andere gefährden kann. Sie waren die Ersten, welche eine Annullierung der Session verlangten. Aber gleichzeitig forderten sie, dass die Arbeiter weiterhin auf den Baustellen arbeiten sollten. Ihr Leben scheint offenbar wertvoller zu sein als das der Arbeiter.»

Die CVP und vor allem SP und Grüne sind viel zurückhaltender.

«Wahrscheinlich, weil unsere Parteien die öffentliche Gesundheit und nicht die Dividende als Priorität haben. Ich bin seit Jahren in der Politik. Für mich kommen immer zuerst die Menschen. Dies gewinnt in der momentanen Zeit noch an Bedeutung.»

Der Noch-SP-Präsident wirft der FDP und der SVP vor, dass sie den Bundesrat schwächen wollen.

«Christian Levrat hat von Anfang an gesagt, dass wir jetzt Solidarität und Einigkeit brauchen statt politische Kämpfe. Und es braucht Unterstützung für die von den Experten beschlossenen Gesundheitsmassnahmen. Er hat recht. Die Parlamentarier müssen die Demut haben, zu schweigen und den Ärzten sowie Epidemiologen zu vertrauen, die viel mehr Wissen haben als die Politik. Sie geben aus gesundheitlicher Sicht die richtigen Antworten.»

«Ich bin seit Jahren in der Politik. Für mich kommen immer zuerst die Menschen. Dies gewinnt in der momentanen Zeit noch an Bedeutung»

Mathias Reynard, Präsident Walliser Gewerkschaftsbund

Wie beurteilen Sie, als vielleicht künftiger SP-Präsident, die Arbeit der Regierung?

«Der Bundesrat tut sein Bestes. Er versucht die besten Antworten zu geben. Er agiert mit Vorsicht. Die Regierung braucht unsere Unterstützung. Wenn wir über politische Massnahmen (Unterstützung von Kindertagesstätten, Selbstständigerwerbenden und Angestellten, Schutz gefährdeter Arbeitnehmer, Strategie für Chancengleichheit in der Schule usw.) diskutieren und Lösungen finden wollen, müssen wir den Experten in Gesundheitsfragen vertrauen. In dieser Krise sind Frauen oder Männer wie Alain Berset die wahren Schiffskapitäne des Landes.»

Sie haben immer die Einstellung der Baustellen gefordert. Erfolglos. Der Rückgang der Ansteckungen gibt den Arbeitgebern recht.

«Im Gegenteil, wir haben Inspektionen und die Schliessung vieler Baustellen erreicht. Dank der Arbeit der Gewerkschaften konnte die Einhaltung der Vorschriften des BAG auf den Baustellen verbessert und damit die Gesundheit der Arbeitnehmenden geschützt werden. In solchen Situationen muss das Vorsorgeprinzip Vorrang haben. Und seien wir nicht zu siegessicher. Die Pandemie ist noch nicht vorbei. Die Gefahr einer zweiten Welle ist real. Wir müssen wachsam bleiben.»

Haben Sie Bedenken, wenn es jetzt im Detailhandel wieder losgeht?

«Wie in allen Berufen wird es sehr strenge Regeln geben müssen. Wenn wir keine Vorsicht walten lassen, riskieren wir einen erneuten Ausbruch der Pandemie. Was die Geschäfte betrifft, so müssen wir auch die Gleichbehandlung zwischen kleinen Geschäften und grossen Läden sicherstellen.»

Haben Sie auch Verständnis für die Forderungen der Wirtschaft?

«Priorität hat die Gesundheit. Wenn man aus einem Dorf kommt, in dem Hunderte von Kranken und mehrere Tote zu beklagen waren, hat man wahrscheinlich eine bessere Vorstellung von der Schwere und

der Gewalt der Pandemie. Und nochmals: Eine unkontrollierte Wiedereröffnung wird zu einer neuen Welle und damit zu einer neuen vollständigen Schliessung führen, was für die Wirtschaft noch katastrophaler wäre.»

Viele Arbeitende haben in den letzten Wochen einen guten Job gemacht. Linke wollen sie direkt belohnen (Bonus). Wäre es nicht gescheiter und nachhaltiger, wenn die Politik Massnahmen und Verbesserungen für die Zukunft plant?

«Beide Forderungen sind legitim. Im Verkauf wäre zum Beispiel eine sofortige Geste der grossen Detailhändler an ihre Mitarbeiter sinnvoll. Das Verkaufspersonal hat unter schwierigsten Bedingungen gearbeitet und verdient ein echtes Dankeschön – nicht nur in der Werbung! Aber es braucht auch Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in all den geringwertigen und doch so wichtigen Arbeitsplätzen, die ich oben erwähnt habe. Im Gesundheitswesen ist die eidgenössische Volksinitiative «Für eine starke Pflege», die sogenannte Pflegeinitiative, die richtige Lösung. Ich unterstütze sie zu 100 Prozent.»

«Heute erleben wir ein wachsendes Bewusstsein für die Bedeutung vieler überwiegend weiblicher Berufe, die zwar nicht hochgeschätzt werden, aber dennoch so eminent wichtig sind»

Mathias Reynard, Präsident Walliser Gewerkschaftsbund

Wie können Gemeinden, Kantone und der Bund die schwere wirtschaftliche Krise meistern? Steigt der Druck auf Sozialversicherungsbeiträge, Krankenkassenprämien? Brauchen wir höhere Steuern?

«Erstens müssen wir verhindern, dass diese Krise von einigen missbraucht wird. Die SP Schweiz fordert, dass Unternehmen, die von Kurzarbeit Gebrauch machen, nicht gleichzeitig Dividenden an die Aktionäre ausschütten dürfen. Das ist eine Frage des gesunden Menschenverstandes! Zweitens brauchen wir als Reaktion auf die Krise solidarische Lösungen. Zusätzliche Belastungen für die Mittelschicht und die Arbeiterklasse, die durch die Situation bereits geschwächt sind, kann ich mir nicht vorstellen. Die Finanzierung muss vielmehr durch eine reale Besteuerung von Dividenden oder eine Solidaritätssteuer auf sehr



Die Menschen zuerst. Mathias Reynard kämpft für eine gerechtere Gesellschaft.

FOTO MENGIS MEDIA/ANDREA SOLTERMANN

grosse Vermögen erfolgen. Diese Krise muss die sozialen Ungleichheiten verringern und nicht vergrössern.»

Die SP Wallis blockiert mit dem Referendum die Unternehmenssteuerreform. Warum ausgerechnet jetzt? Es würden doch auch die Sozialleistungen ausgebaut.

«Dafür gibt es viele Gründe. Diese Reform gewährt den Unternehmen beträchtliche Steuererleichterungen, verlangt aber im Gegensatz zu in anderen Kantonen gefundenen Lösungen keine Sozialabgaben von den Unternehmen. Es handelt sich nicht um ein ausgewogenes Projekt. Zudem wird die Reform zu erheblichen Steuerausfällen für den Kanton und die Gemeinden führen. In einer Zeit, in der wir um die Bedeutung der Ressourcen für Bund, Kantone und Gemeinden

wissen, ist dies sehr gefährlich. Am Ende wird das Volk die Rechnung bezahlen müssen.»

Alle sagen, dass die Welt nach Corona eine andere sein wird. Was könnte das für die Arbeiterschaft heissen?

«Diese Krise untergräbt die Hierarchie der Berufe. Heute erleben wir ein wachsendes Bewusstsein für die Bedeutung vieler überwiegend weiblicher Berufe, die zwar nicht hochgeschätzt werden, aber dennoch so eminent wichtig sind! Wir müssen uns später nur daran erinnern und dann endlich für Verbesserungen sorgen. Das Gleiche gilt bei der Digitalisierung der Schulen, der Kinderkrippen als öffentliche Dienstleistung, für das Homeoffice und vieles mehr.»

Auch der Kampf ums Geld wird heftig werden.

Kampffjets, Tourismus, Landwirtschaft, Entwicklungshilfe etc. Keine guten Karten für die Arbeiter und Angestellten.

«Es müssen Prioritäten gesetzt werden. Meiner Meinung nach muss der Bildung sicherlicher Vorrang eingeräumt werden. Sie kommt beispielsweise sicher vor den Kampfflugzeugen.»

Wenn Corona nicht wäre: Was wären die wichtigsten Forderungen aus gewerkschaftlicher Sicht zum diesjährigen 1. Mai?

«Mehr Solidarität in unserer Gesellschaft. Aufwertung von Berufen, die bisher unterbewertet waren. Niemanden wegen der Krise am Wegrand stehen lassen. Und träumen wir von einer gerechteren Gesellschaft, in der wir uns auf das Wesentliche besinnen und füreinander sorgen.»

Interview: Herold Bieler